

AUS DEM NOTIZBLOCK

Viele Pläne

Peter Mlodoč
zur Woche im Landtag

Es klingt nach einer anstrengenden Angelegenheit. „Festes Schuhwerk und wetterfeste Kleidung werden empfohlen“, heißt es in der Einladung der niedersächsischen Staatskanzlei zur „Grenzwanderung Offleben“ am Montag. Dort wollen Ministerpräsident Stephan Weil und sein Kollege aus Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, auf dem ehemaligen DDR-Todesstreifen an den Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren erinnern. Drei Kilometer beträgt die Wegstrecke, zweieinhalb Stunden sind dafür eingeplant. Das löste im Vorfeld prompt Fragen nach der Fitness der Herren aus. „An Herrn Weil liegt es nicht“, witzelte Regierungssprecherin Anke Pörksen mit Blick auf die sportlich ambitionierte Laufleidenschaft ihres Chefs. Die offizielle Erklärung für das Schnecken-tempo: Unterwegs sind mehrere Stopps sowie Gespräche mit Zeitzeugen und Schülern vorgesehen. Und dann gibt es da sicher noch einen gewissen Puffer für Interview-Wünsche an die beiden Regierungschefs.

Die niedersächsische CDU gab sich modern und wagte ein Experiment. Im Fraktionssaal zauberte der Mitarbeiter einer Catering-Firma während einer Sitzung live leckeres Rührei – mit und ohne Schnittlauch. Neudeutsch von „Event-Cooking“ sprach ganz begeistert Fraktionschef Björn Thümler und dachte schon weiter: „Vielleicht sollten wir hier demnächst auch eine ganze Kochzeile einbauen.“ Da aber müsste erst noch die in solchen Dingen eher strenge Landtagsverwaltung mitspielen.

Aufdringliche Journalisten auflaufen lassen und dabei auch noch die Lacher auf seiner Seite haben – diese Kunst versteht kaum einer so gut wie Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD). Bei der Vorstellung der Reformpläne für den Verfassungsschutz fragte ein Zeitungsmann hartnäckig nach der Zahl der V-Leute, von denen der Geheimdienst seine Szene-Informationen bezieht. Das könne, wolle und dürfe er nicht preisgeben, erwiderte Pistorius. „Nennen Sie uns wenigstens eine Hausnummer“, insistierte der Reporter. „Ihre oder meine?“, fragte der Minister keck zurück.

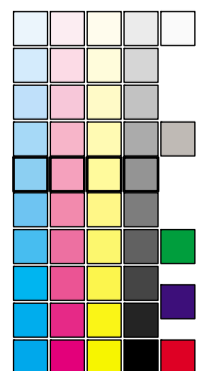
Sage noch einer, die Grünen seien eine autofahrerfeindliche Partei. Rechtzeitig zum Herbst warnt Grünen-Landeschefin Meta Janssen-Kucz die Wagenlenker in Niedersachsen vor den Tücken des Nebels: „Hängen Sie sich bloß nicht zu dicht an Ihren Vordermann oder Ihre Vorderfrau. Sonst landen Sie noch in einer fremden Garage.“ Sie spreche zwar nicht aus eigener Erfahrung, stellte die Ostfriesin klar. Aber einer Freundin sei dieses Missgeschick passiert, als diese angesichts geringerer Sichtweiten blindlings dem vor ihr fahrenden Auto gefolgt sei.

Kükensortierer-Prozess:
Freispruch gefordert

Göttingen. Im Prozess um Millionenbetrug bei Kükensortierern hat die Verteidigung Freispruch für den Hauptangeklagten gefordert, wie eine Sprecherin des Landgerichts Göttingen sagte. In dem seit 28 Monaten laufenden Prozess geht es um den Vorwurf, zwei Unternehmer-Brüder aus Uslar hätten jahrelang asiatische Experten zum Sortieren von Hühnerküken beschäftigt, ohne Arbeitnehmeranteile an die Sozialversicherung abzuführen. Dadurch sei der AOK Niedersachsen ein Schaden von fünf Millionen Euro entstanden.

Trauerfeier für
Sprayer „OZ“

Hamburg. Zu einer Trauerfeier für den tödlich verunglückten Sprayer „OZ“ haben sich mehr als 500 Gäste am Hamburger Friedhof Ohlsdorf versammelt. Sie begleiteten den bunt bemalten Holzarg von Walter Josef Fischer, wie „OZ“ mit bürgerlichen Namen hieß, zur letzten Ruhestätte. Der Graffiti-Sprayer war Ende September mit 64 Jahren beim Sprühen auf einer Bahnstrecke verunglückt. Für das Begräbnis hatten Anhänger der „Kiezfreunde“ des FC St. Pauli nach einem Spendenaufruf mehr als 8000 Euro gesammelt.

WESER
KURIEREine Auswertung
dieser Messfelder
ermöglicht es
uns, täglich die
Druckqualität
der Zeitung zu
überprüfen.

„Auch die Y-Trasse schauen wir uns an“

Neues Forschungsprojekt: Warum eskalieren Protestbewegungen gegen Bauvorhaben?

Jade-Weser-Port, Y-Trasse oder neue Windparks: Große Infrastruktur- und Bauvorhaben stoßen häufig auf vehementen Widerstand und sind Anlass teilweise heftiger Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern. Warum und wie Konflikte konkret eskalieren, das wollen jetzt Wissenschaftler der Universitäten Braunschweig, Hannover und Göttingen in einem dreijährigen Forschungsprojekt herausfinden. Martin Wein hat mit Nils Bandelow, dem Sprecher des Forschungsverbundes, gesprochen.

Die „Wutbürger“ und ihr Verhalten werden zum Forschungsthema. Was wollen Sie herausfinden?

Nils Bandelow: Was uns vor allem interessiert, ist der Prozess der Eskalation als solcher. Wir müssen erst einmal definieren, ob Eskalation erst bei Gewalthandlungen beginnt. Man kann auch empirische Konstrukte bilden, die zeigen, dass vielleicht schon etwas wie unkonventioneller Protest die Vorstufe ist für spätere Gewalt. Vielleicht ist sie auch bereits angelegt im Verhalten derjenigen, die Großprojekte durchsetzen wollen. Wenn wir diese Prozesse verstehen und erklären können, lassen sich daraus womöglich Empfehlungen zum konstruktiveren Umgang mit Großprojekten ableiten.

Viele Politiker in Bund und Land reiben sich seit einigen Jahren die Augen, dass ganz normale Bürger ihre Entscheidungen so vehement in Zweifel ziehen. Hat das ihr Vorhaben beflügelt?

Vonseiten der Politik besteht die Angst, dass man bei Großprojekten gar nicht mehr handlungsfähig ist. Die Bevölkerung glaubt hingegen zunehmend, dass derartige Entscheidungen auf nicht-demokratische Weise und vielleicht auch inkompetent getroffen werden. Die Menschen, die heute protestieren, haben häufig etwa als Ingenieure sehr viel Sachverstand. Diesen einzubringen und gleichzeitig noch handeln zu können, ist eine große politische Herausforderung.

Sie möchten aber nicht erforschen, wie man Großprojekte auch gegen den Willen der Bevölkerung oder großer Teile davon durchsetzen kann?

Ich finde es sehr naheliegend, so etwas zu befürchten, weil Wissenschaft sehr oft genau so funktioniert. Im Prinzip steht das Ergebnis fest. Man bemüht sich dann über Kommunikationsprozesse, mehr Akzeptanz dafür zu schaffen. Unser Ansatz ist dagegen zunächst ein rein akademischer.

Wurde in der Vergangenheit bei Großprojekten wirklich ergebnisoffen diskutiert?

Bei Stuttgart 21 waren die Entscheidungen viel eher getroffen worden, bevor man die Bevölkerung eingebunden hat. Eine solche Form der Pseudo-Beteiligung wollen wir nicht. Vielmehr sollen auch die politischen Entscheider verstehen, warum die Leute auf die Straße gehen. Unsere ersten Forschungen dazu zeigen: Jeder von uns kann in eine solche Situation geraten, wenn eigene Interessen oder normative Sichtweisen verletzt werden.

„Hand gegen Koje“ lockt auf die Hallig Hooge

Projektteilnehmer arbeiten ehrenamtlich und werden mit den Vorzügen der Abgeschiedenheit belohnt

VON WOLFGANG SCHMIDT

Hallig Hooge. Was macht eine Luxemburgerin auf Hallig Hooge? Sie genießt die Weite im Wattenmeer, die klare Luft und die Ruhe. Und sie arbeitet ehrenamtlich, vier bis sechs Stunden am Tag. Magali De Rocco kam für das Projekt „Hand gegen Koje“ nach Hooge. Die Teilnehmer helfen der Gemeinde ehrenamtlich und dürfen dafür kostenfrei wohnen. „Wir wollen Menschen für die Hallig begeistern und ihnen einen Blick hinter die Kulissen des Halliglebens ermöglichen“, sagt Bürgermeister Matthias Piepgras zum Anliegen des Projektes.

De Rocco half auf Hooge jetzt zwei Wochen lang im Touristikbüro. Zu Hause macht die 29-Jährige, die unter anderem in Jena Soziologie und Erziehungswissenschaften studiert hat, in einer nicht staatlichen Organisation Projektarbeit für Gemeinden. Ihr Freund kommt aus Dresden, manchmal verfällt sie ins Sächslein. Die Luxemburgerin hatte beim Joggen den Roman „Himmel über der Hallig“ von Lena Johansson gehört. Ihr Interesse war geweckt. Über das Internet landete sie dann bei „Hand gegen Koje“ auf der abgeschiedenen Hallig im nordfriesischen Wattenmeer.

Interesse und Bedürfnis nach Ruhe lockten De Rocco nach Hooge. „Es ist wunderschön hier; ich schlafe jeden Tag mehr als zehn Stunden.“ Als sie zu Hause davon erzählte, fragten alle „Wo ist das denn?“. Zum Abenteuer neigt De Rocco eher nicht. „Landunter möchte ich hier nicht mitbekommen.“ De Rocco schwärmt von der Weite, von herrlichen Sonnenuntergängen. „Ich mag abwechslungsreiche Landschaften. Ich habe viel Respekt vor den Menschen, die hier leben.“ Für sich könnte sie sich das nicht vorstellen. „Das hat wohl mit meinem Alter zu tun“, sagt die 29-Jäh-



Großes Bürgerinteresse: Rund 600 Menschen kamen kürzlich zu einer Informationsveranstaltung zur Y-Trasse in die Uelzener Stadthalle. FOTO: DPA

In der Vergangenheit wurden Demonstrationen pauschal als „linke Randalierer“ außerhalb der bürgerlichen Ordnung abgestempelt, die per se als Gesprächspartner nicht infrage kämen.

Das ist jetzt anders: Diese Menschen kommen aus der Mitte der Gesellschaft, haben oft einen akademischen Hintergrund und sind häufig schon älter. Mit jugendlichem, linkem Protest hat das nichts mehr zu tun. Wir müssen die Anliegen dieser Menschen ernst nehmen. Natürlich hängt es vom jeweiligen Vorhaben ab, wer dagegen protestiert.

Politiker als Entscheidungsträger verfügen als Spiegel der Gesellschaft nicht über mehr Sachverstand. Sie lassen sich häufig von Lobby-Vertretern oder Interessenvertretern beraten. Gerade bei Großvorhaben treten die auf. Gibt es Ansätze, wie sich auch Bürger mit hoher Fachkompetenz ebenfalls nützlich einbringen können?

Zunächst müssen wir akzeptieren, dass es unheimlich schwierig ist, Kosten und Nutzen solcher Großprojekte neutral zu berechnen. Das versucht man ja beispielsweise bei der Bundesverkehrswegeplanung. Immer wieder stimmen die Prognosen aber nicht oder Kosten werden viel höher als geplant. Die Berechnungen fallen auch je nach Interessen der Auftraggeber unterschiedlich aus. Wissenschaft trägt nicht immer zur Deeskalation von Konflikten bei.

Die Vertreter von Protestbewegungen wissen, wie subjektiv scheinbar neutrale wissenschaftliche Berechnungen sind. Wenn wir mit denen ins Gespräch kommen wollen, müssen wir solche Daten möglichst von neutraler Seite berechnen lassen und dürfen nicht nur eine angeblich unanfechtbare Überzeugung zulassen.

Auch im Flächenland Niedersachsen stehen viele große Bauvorhaben an ihre Grenzen und berühren die Interessen von Anwohnern oder anderen Nutzern. Trägt diese Verdichtung zur Eskalation bei?

Das wäre eine schöne raumplanerische Perspektive. Wir müssten empirisch überprüfen, in welchen Fällen das tatsächlich eine Rolle gespielt hat. Es gibt aber auch andere Entwicklungen, etwa die nachlassende Vertrauen ins politische System. Schauen Sie etwa auf die nachlassende Wahlbeteiligung. Es gibt ganz andere Kommunikationsformen als früher. Vielleicht haben die dazu beigetragen, den Protest in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Sie sind wissenschaftlich sehr breit aufgestellt von Bauingenieuren bis zu Psychologen. Wie wollen sie vorgehen?

Wir haben viele fachbezogene Einzelprojekte. Dabei geht es beispielsweise darum, wie wissenschaftliche Informationen von Befürwortern und Gegnern einzelner Projekte unterschiedlich wahrgenommen werden, wie es zur Verteufelung der jeweils an-

deren Seite kommt und welches Vertrauen in unterschiedliche Institutionen gesetzt wird. Diese Perspektiven bringen wir in einem Querschnittsprojekt zusammen. Letztgültige Erklärungen werden in drei Jahren nicht vorliegen. Wir hoffen vielmehr, langfristig einen Forschungsschwerpunkt für dieses Thema in Niedersachsen zu verankern.

Betrachten Sie dabei auch konkrete Konfliktfälle in Niedersachsen?

Da wäre etwa die berühmte Y-Trasse. Die werden wir uns unter dem Aspekt der Hafenhinterlandanbindung empirisch anschauen. Dabei werden wir auch die Alternativen analysieren, denn es geht ja eben nicht um die Durchsetzung eines konkreten Vorhabens. Viele Konflikte entstehen im Zusammenhang mit der Energiewende. Da werden wir uns etwa Windparkprojekte in der Region Braunschweig anschauen und auch ausgewählte Abschnitte der geplanten Nord-Süd-Stromtrasse.



Zur Person
Nils C. Bandelow (45) ist Professor für Innenpolitik an der TU Braunschweig. Er hat sich vor allem mit Analysen der Gesundheits-, Verkehrs- und Biotechnologien in Deutschland und im Vergleich der EU-Staaten.

Statt Job in Kneipe
Schläge im Bordell

Hannover. Es geht um Tritte und Hiebe mit dem Gürtel, um Vergewaltigungen und eine Morddrohung: Weil sie vier junge Frauen aus Bulgarien zur Prostitution gezwungen haben sollen, stehen seit Freitag zwei Brüder vor dem Landgericht Hannover. Den 31 und 34 Jahre alten Männern wird vorgeworfen, ihre Opfer mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt, eingesperrt und misshandelt zu haben. Die beiden Angeklagten stammen wie ihre Opfer aus Nordostbulgarien und gehören der türkischen Minderheit an.

Den Frauen im Alter von 18 bis Anfang 20 wurde teilweise vorgegaukelt, sie könnten als Kellnerinnen bis zu 1000 Euro im Monat verdienen. Stattdessen mussten sie in Bordellen und Lauffhäusern vor allem in Hannover sexuelle Dienste anbieten und nahezu ihre gesamten Einkünfte dem Duo überlassen. In einem Fall waren dies laut Anklage zwischen März 2010 und Oktober 2011 rund 80 000 bis 90 000 Euro.

„Er drohte, ihr die Beine zu brechen, wenn sie nicht alles abgibt“, sagte Staatsanwältin Regina Steig über den 34-Jährigen. Eine Zeugin berichtete von einer Morddrohung. Dem jüngeren Bruder wird darüber hinaus vorgeworfen, eine der Bulgarinnen dreimal vergewaltigt zu haben. Schauplatz soll unter anderem ein vom Vater des Angeklagten geführtes Café in Hannover gewesen sein. Zum Prozessauftakt schwiegen die beiden Männer, denen ein türkischer Dolmetscher und eine bulgarische Übersetzerin zur Seite standen. Die mutmaßlichen Zuhälter, die sich unter anderem wegen Menschenhandels verantworten müssen, sitzen seit Mai in Untersuchungshaft.

Das Ausmaß des Menschenhandels in Deutschland ist unbekannt. Bundesweit stammen nach Angaben des Bundeskriminalamtes zwei Drittel der Opfer aus Ost- und Südosteuropa, vor allem aus Bulgarien und Rumänien.



Finja Bender aus dem Hunsrück kassierte auf Hooge den Halligtaler. FOTO: DPA